

Inklusion in der Kita: „Gut gedacht – schlecht gemacht!“



Drei Jahre nach der Einführung der Inklusion in allen Kitas schlagen die MitarbeiterInnen der Caritas Alarm: Die Situation für behinderte Kinder hat sich verschlechtert. Mit einer Petition fordern sie jetzt die Verantwortlichen auf, für bessere Bedingungen zu sorgen.

Die besonderen Bedürfnisse behinderter Kinder behandelt die UN-Behindertenrechtskonvention in ihrem Artikel 7. Darin wird anerkannt, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten beanspruchen können. Gleichzeitig verpflichtet die Konvention die Unterzeichnerstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um dies zu gewährleisten.



Deshalb wurden vor drei Jahren fast überall in NRW und auch im Rheinisch Bergischen Kreis die integrativen Kindertagesstätten abgeschafft und inklusive Plätze in allen Einrichtungen eingerichtet. Gedacht war es, den Kindern mit Förderbedarf einen freien Zugang in jede wohnortnahe Kita zu ermöglichen.

Wir als Mitarbeiterinnen des Frühförderzentrums und der Kindertagesstätten der Caritas RheinBerg machen seit der Umstellung auf die inklusive Betreuung folgende Erfahrungen:

- Die Aufnahme eines Kindes mit Förderbedarf ermöglicht eine Gruppenreduzierung. Dies lässt sich im laufenden Jahr nicht organisieren. Aufgrund der fehlenden Kitaplätze im Kreisgebiet hebt sich die Reduzierung häufig durch eine Überbelegung auf.
- Der Fachkräftemangel in den Kitas führt zunehmend zur Überlastung der pädagogischen Mitarbeiterinnen. Den meisten Erzieherinnen fehlen heilpädagogische Fachkenntnisse. Beides hat negative Auswirkungen auf die Bereitschaft, Kinder mit Förderbedarf aufzunehmen. Die Mehrbelastung ist für die Teams nicht mehr zu schultern.
- Die Beantragung der inklusiven Plätze in Kitas ist mit einem immensen Verwaltungsaufwand verbunden. Die hohe, flexible Personalanpassung ist in der Realität kaum umsetzbar.
- Für viele Eltern entstehen zusätzliche Wege zu therapeutischen Praxen und Frühförderzentren, weil nur noch wenige Hilfen in der Kita angeboten werden.
- Bei Kindern mit einem besonders erhöhten Förderbedarf kann eine zusätzliche Inklusionshilfe eingesetzt werden. Nicht allen Anträgen wird stattgegeben.

Inklusionsbegleitungen sind nicht zwingend pädagogisch ausgebildet und aufgrund von befristeten Arbeitsverträgen bleiben diese Stellen oft unbesetzt.

In den vergangenen Jahren haben einige Eltern keine Kitaplätze für ihre behinderten Kinder erhalten. Es kam zu Kitaplatzkündigungen, weil die aufwändigere Betreuung der behinderten Kinder nicht angemessen zu leisten war. Bei einigen Kindern wurden die täglichen Betreuungszeiten auf zwei Stunden reduziert.

Missachtung des Rechts auf Teilhabe

Viele Kinder erhalten nicht mehr die individuelle Förderung, die sie benötigen. Für viele Eltern entstehen zusätzliche Wege, um heilpädagogische und therapeutische Hilfen für ihr Kind zu erhalten.

Es liegt eine Missachtung des Rechts auf Teilhabe und eine gravierende Benachteiligung von behinderten Kindern vor. Das Gegenteil dessen, was mit der UN-Behindertenkonvention beabsichtigt war, ist eingetreten. Die Betreuungssituation der behinderten Kinder hat sich deutlich verschlechtert.

Viele Eltern haben keine Wahl! Viele Kinder können nicht entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse gefördert werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht. Wir fordern alle Verantwortlichen auf, sich für eine konzeptionelle Veränderung und für eine bessere personelle und räumliche Ausstattung der Kitas einzusetzen.

Petition zur Verbesserung der inklusiven Betreuung

Mit einer Unterschriftenaktion fordern wir jetzt Maßnahmen zur Verbesserung der inklusiven Betreuung.

Wir fordern:

- die Umsetzung des Rechtsanspruchs und ein ausreichendes Kitaplatz-Angebot für alle Kinder mit Förderbedarf, unabhängig von der Schwere der Behinderung
- eine angepasste Konzeption für die inklusive Betreuung
- die vereinfachte Beantragung inklusiver Kitaplätze
- eine auskömmliche Finanzierung aller Kitaplätze
- eine verbesserte Ausstattung aller Kitas mit heilpädagogisch geschultem Personal und therapeutischen Angeboten

Den Wortlaut der Petition und Unterschriftenlisten zum Ausfüllen finden Sie unten. Sie sollen bis zum 9. August 2019 an das Caritas Frühförderzentrum, Cederwaldstraße 22, 51465 Bergisch Gladbach gesendet werden.

Die Ergebnisse der Petition werden im Rahmen der Veranstaltungsreihe „30 Jahre Kinderrechte“ bekanntgegeben. Dazu findet am 11. Oktober eine Podiumsdiskussion zum Thema Inklusion im Vorschulalter im Ratsaal in Bensberg von 10 bis 13 Uhr statt.

Der Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. engagiert sich in vielfältiger Weise im Kreisgebiet u. a. für die Belange von Kindern im Vorschulalter. Er ist Träger von mehreren Kindertagesstätten und des Frühförderzentrums, welches für das südliche Kreisgebiet zuständig ist.